

Rohstoffreichtum – Aber zu wessen Vorteil?

Viele Länder schränken
Rohstoffabbau und -export ein



Einführung

Der metallische Bergbau ist ein zentraler Wirtschaftssektor in vielen Ländern des Globalen Südens. In Ländern wie Botswana, der DR Kongo, Mongolei, Guinea, Suriname, Burkina Faso, Sambia, Mali, Mosambik oder Peru macht der Export von Metallen oder Kohle mehr als 60 Prozent der Gesamtexporteinnahmen aus¹. Während in den 1950er und 1960er Jahren Bergbau als Wachstumsmotor gefeiert wurde, sehen sich viele Abbauländer heute mit den negativen Folgen konfrontiert. Denn viele dieser Einnahmen werden häufig von langanhaltenden, schwerwiegenden, sozialen und ökologischen Folgekosten begleitet. Von Land- und Wasserkonflikten über Enteignung und Vertreibung bis hin zu

blutiger Niederschlagung von Protesten, die Auswirkungen des Bergbaus können verheerend sein. Der Bergbau rückt darum in vielen rohstoffreichen Ländern immer mehr im Fokus einer Debatte über Notwendigkeit, Gestaltung und der Kosten-Nutzen-Rechnung.

Dabei stellt sich immer häufiger die Frage, wie lokale Gemeinschaften und rohstoffreiche Staaten selbst stärker vom Rohstoffreichtum profitieren können. Regierungen weltweit ergreifen daher Maßnahmen, um den negativen Folgen des Bergbaus entgegenzuwirken. In dieser Publikation betrachten wir einige Regulierungen.

¹ Vgl. ICMM (2020). Role of mining in national economies. Mining Contribution Index (MCI) 5th Edition

Unter diesem Dorf befindet sich die größte, nicht-erschlossene Kupfer-Gold-Lagerstätte Asiens. Doch die Menschen wollen nicht weichen.

Photo: M. Reckordt, PowerShift



2

Der Nickelabbau gefährdet Flüsse und Meere, wie hier in den Philippinen. Häufig findet die Wertschöpfung allerdings in anderen Regionen statt als der Abbau.

Photo: M. Reckordt, PowerShift





Indonesien

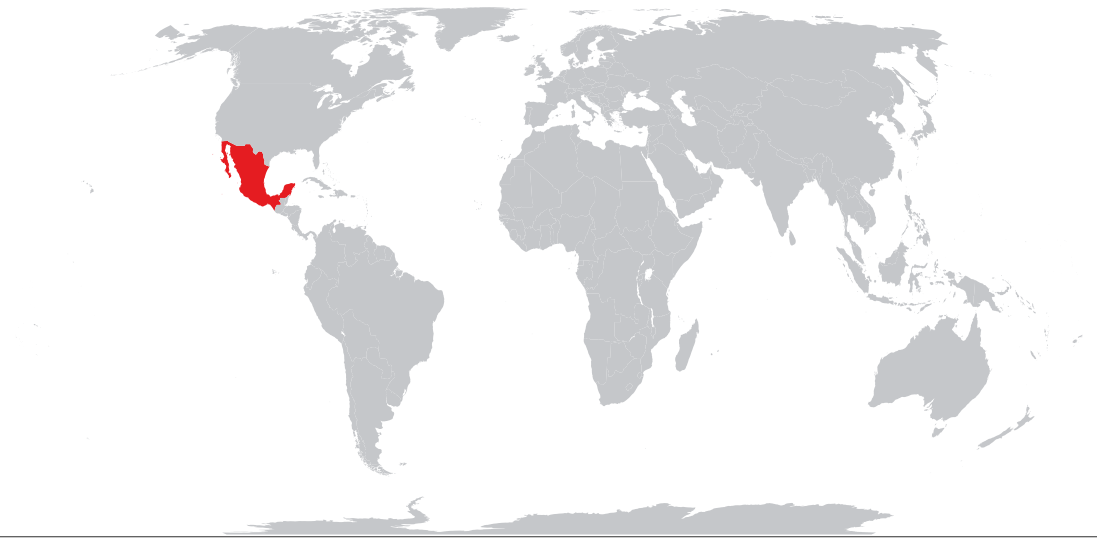
Regulierungen	Exportstopp für unverarbeitetes Nickel. Exportstopps für weitere Mineralien, darunter Bauxit (seit Juni 2023) sowie Zinn und Kupfer (angekündigt) folgen. ²
Zeitraum	Seit Januar 2020
Hintergrund	Ziel der Maßnahme ist eine Verlängerung der Wertschöpfung innerhalb Indonesiens.³ Es sollen ausländische Investitionen für den Aufbau von Schmelzhütten und Verarbeitungsanlagen im Land angezogen werden. Dies soll Indonesien aus der Abhängigkeit als Lieferant von Rohstoffen lösen und in die Lage versetzen, Produkte mit höherer Wertschöpfung zu exportieren. Einschätzungen zufolge weist die indonesische Strategie gemischte Ergebnisse auf.⁴ Durch den Exportstopp gelang es dem Land Investitionen anzuziehen und die Wertschöpfungskette vor Ort auszubauen. Kritisch zu bewerten sind die Auswirkungen auf die Umwelt und Menschenrechte. Der Ausbau der heimischen Nickelproduktion führt zu Waldzerstörung, Biodiversitätsverlust und Wasserverschmutzung. Außerdem wird von Arbeitsrechtsverletzungen berichtet. Die EU klagte vor der WTO gegen das Exportverbot und bekam Recht. Indonesien legte Widerspruch gegen dieses WTO-Urteil ein und verkündete im Juni 2023 auch einen Exportstopp für Bauxit. Weitere Exportverbote für Kupfer, Kobalt und Zinn sollen folgen.⁵

² Vgl. IEA (2022, Okt 31). Prohibition of the export of nickel ore

³ Vgl. Huber, I. (2021, Dez 8). Indonesia's Nickel Industrial Strategy. CSIS

⁴ Vgl. Coca, N. (2022, Juli 5). Das Erz im Land verarbeiten. Welt-Sichten

⁵ Vgl. Asia Times (2023): Indonesia's mineral export bans face hot global fire



Mexiko

Regulierungen

Lithium in Mexiko darf nur noch von Unternehmen im staatlichen Eigentum gefördert und verkauft werden. Hierfür wurde der Staatskonzern Litio para Mexico gegründet. Ihm unterliegt die volle Verantwortung für die Erkundung, Gewinnung und Vermarktung von Lithium.⁶

Zeitraum

Seit April 2022

Hintergrund

Noch exportiert Mexiko kein Lithium. Das Land verfügt aber über größere Lithium-Vorkommen. Die Verstaatlichung der Lithiumproduktion ist somit ein präventiver Schritt, um sicherzustellen, dass „die Energiesouveränität des Landes über Lithium und andere Mineralien [gewährleistet wird], die für die Energiewende, die technologische Innovation und die nationale Entwicklung von strategischer Bedeutung [...] sind“⁷. Das neue Gesetz soll auch gewährleisten, dass Lithiumabbau nur unter Beachtung Indigener Rechte und internationaler und nationaler Umweltauflagen durchgeführt werden darf – ein wichtiger Schritt, um sicherzustellen, dass der Lithiumabbau in Mexiko so nachhaltig und verantwortungsbewusst wie möglich durchgeführt wird.

⁶ Vgl. (SEGOB (2022). DECRETO por el que se crea el organismo público descentralizado denominado Litio para México)

⁷ Original: “Con lo que se garantiza la soberanía energética de la Nación sobre el litio y demás minerales que resulten estratégicos y necesarios para la transición energética, la innovación tecnológica y el desarrollo nacional” (SEGOB 2022)



Chile

Regulierungen	Die Regierung plant, langfristig alle bisherigen privatwirtschaftlichen Lithiumprojekte in öffentlich-private Partnerschaften unter staatlicher Kontrolle zu überführen.
Zeitraum	Seit April 2023
Hintergrund	Chile hat die weltweit größten Lithiumvorkommen. Um die sich daraus ergebenden Möglichkeiten wirtschaftlichen Wachstums auszunutzen und gleichzeitig die ökologischen Auswirkungen zu minimieren, sieht der Plan der Regierung unter Chiles Präsident Gabriel Boric die Gründung eines staatlichen Lithium-Unternehmens am Vorbild des weltgrößten Kupferproduzenten und chilenischen Staatsunternehmens Codelco vor. ⁸ Bisherige Konzessionen werden nicht entzogen. Allerdings werden die Möglichkeiten eines Einstiegs des chilenischen Staates geprüft. Zukünftige Lithiumkonzessionen werden nur noch an öffentlich-private Partnerschaften unter staatlicher Kontrolle erteilt. Indigene und umliegende Gemeinden sollen an den Profiten aus dem Lithiumabbau beteiligt werden. ⁹ Der Schutz der Biodiversität soll vorangetrieben werden. Der Gesetzgebungsprozess ist noch nicht abgeschlossen, einige Indigene Gruppen, Umweltschützer*innen und Wissenschaftler*innen sind allerdings skeptisch und kritisieren die Ausbeutung des Lithiums für die Elektroindividualmobilität in der EU, USA und China. ¹⁰

⁸ Vgl. Villegas, A., Scheyeer E. (2023, April 21). Chile plans to nationalize its vast lithium industry. Reuters.

⁹ Für zusätzliche Infos s. Attwood, J. (2023, April 24). SQM weighs hard choices in Chile amid \$3.7bn share wipeout. Bloomberg News

¹⁰ Vgl. Declaración por la Estrategia Nacional del Litio Los salares no son minas, los salares son humedales

Menschen protestieren in Osorno, Chile, auf der Straße.

Photo: [Vladimir Fedotov](#),
[Unsplash](#)

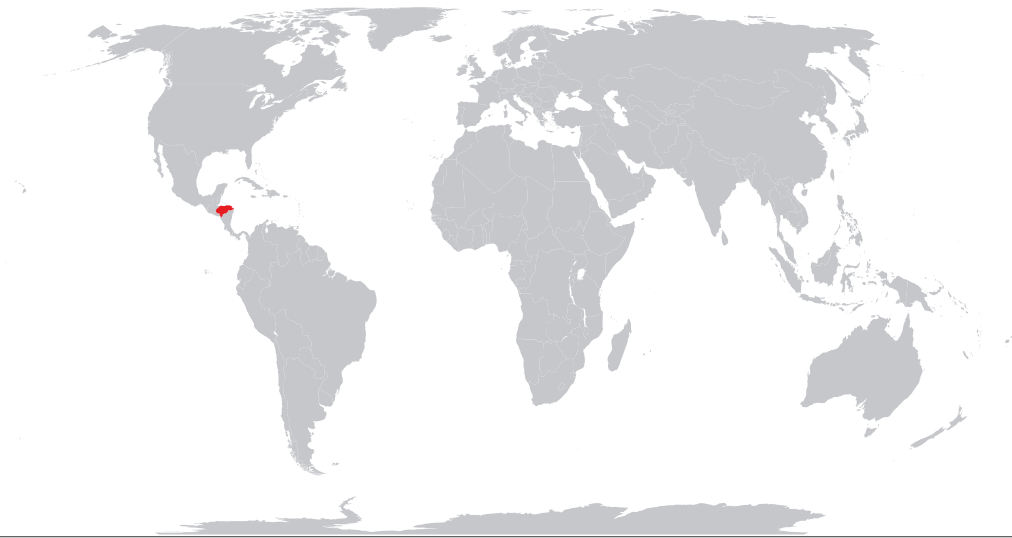


6



Täuschende Idylle – auch in Kirgisistan darf kein radioaktives Material mehr abgebaut werden, da in der Vergangenheit Dammbürche die Umwelt zerstörten.

Photo: [Makalu](#),
[Pixabay](#)



Honduras

Regulierungen

Mit dem Antritt der neuen Regierung unter Präsidentin Xiomara Castro wurde ein Gesetz angekündigt, das den metallischen und nichtmetallischen Tagebau in Honduras verbieten sollte.¹¹ Zukünftig sollten keine neuen Konzessionen mehr vergeben werden. Das Verbot würde jedoch nicht rückwirkend gelten und beträfe somit keine bereits vergebenen Konzessionen.

Zeitraum

Seit Februar 2022

Hintergrund

In den letzten Jahren gab es vermehrt Auseinandersetzungen zwischen Bergbauunternehmen und den von Tagebauen betroffenen Gemeinden. Ein Beispiel hierfür ist die Gemeinde Azucualpa im Nordosten des Landes, wo das Bergbauunternehmen Minosa ohne Zustimmung der Einwohner*innen auf dem lokalen Friedhof sterbliche Überreste von Familienangehörigen und Vorfahren ausgrub, um eine Goldmine zu errichten.¹² Als in 2022 Linkspolitikerin Xiomara Castro zur Präsidentin gewählt wurde, gab es Hoffnung auf Veränderung. In ihrer Amtsrede versprach Castro: „Keine Genehmigungen mehr für Tagebaue oder die Ausbeutung unserer Mineralien, keine Konzessionen mehr für die Ausbeutung unserer Flüsse, Wassereinzugsgebiete, Nationalparks und Nebelwälder“¹³. Jedoch blieb es bei der Ankündigung, weshalb viele der Konflikte zwischen Bergbauunternehmen und den betroffenen Gemeinden, wie auch der Konflikt um den Friedhof von Azucualpa, weiterhin andauern.

¹¹ Vgl. Radwin, M. (2022, März 3). Honduras bans open-pit mining, citing environmental and public health concerns. *Mongabay*

¹² Vgl. Lammers, A. (2022, März 03). Honduras: Neue Regierung verbietet Ausbeutung von Bodenschätzen im Tagebau. *Amerika 21*

¹³ Original: „No más permisos de minas abiertas o explotación de nuestros minerales, no más concesiones en la explotación de nuestros ríos, cuencas hidrográficas, nuestros parques nacionales y bosques nublados“ (Sedesol (2022). *Discurso de toma de posesión de la Presidenta Xiomara Castro*)



Ecuador

Regulierungen

Verbot von Bergbauprojekten nahe der fünf Wassereinzugsgebiete in Cuenca sowie im Biosphärenreservat Chocó Andino.¹⁴

Zeitraum

Seit Februar 2021 bzw. seit August 2023

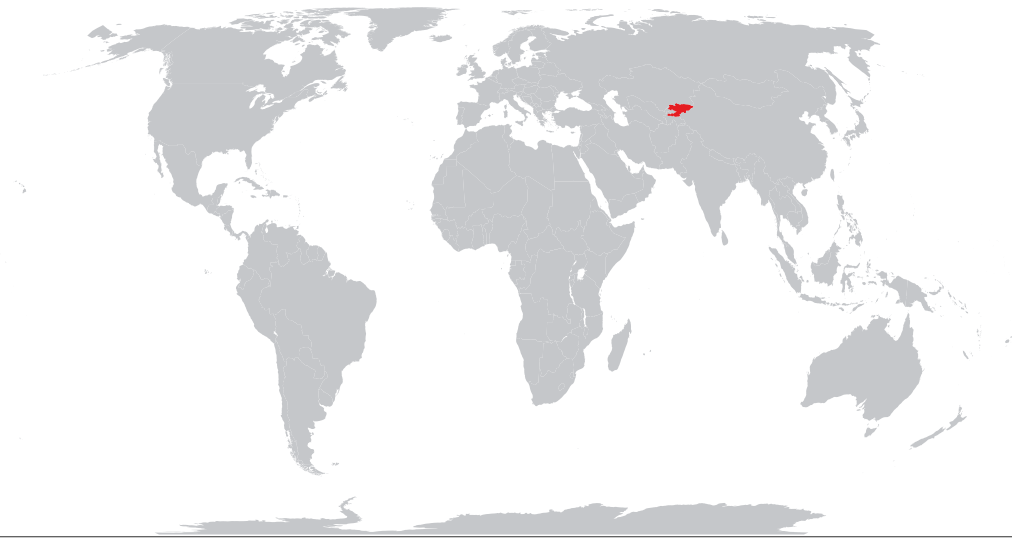
Hintergrund

In einem Referendum am 7. Februar 2021 stimmten die etwa 330.000 Einwohner*innen in der Stadt Cuenca, Ecuador, mit einer überwältigenden Mehrheit von mehr als 80 Prozent für den Schutz ihrer Wasserquellen und gegen den Bergbau.¹⁵ Das Referendum wurde in Folge einer Unterschriftensammlung von Cabildo Popular por el Agua de Cuenca, einer Graswurzelbewegung aus Bürgern*innen, Indigenen Gemeinschaften, Umweltaktivisten*innen und zivilgesellschaftlichen Umweltorganisation durchgeführt. Das Referendum forderte den Schutz von fünf Wassereinzugsgebieten, die maßgeblich für die Wasserversorgung für Mensch und Umwelt in der Region sind. Das Ergebnis des Referendums ist rechtlich bindend. Allerdings gilt das Verbot nur für zukünftige Projekte und nicht für bereits bestehende Projekte.

Im August 2023 folgten zwei weitere Volksentscheide, die sich sowohl gegen die weitere Ölförderung im Nationalpark Yasuní als auch gegen den Abbau von Kufer und anderer Mineralien im Biosphärenreservat Chocó Andino aussprachen. 67 Prozent stimmen für den Stopp der Bergbaus.

¹⁴ Vgl. Ricci, V. (2021, Feb 16). Ecuador's Cuenca votes to ban future mining projects. *Aljazeera*

¹⁵ Vgl. Barzallo, G. (2021, April 8). Movement Against Mining Gains Ground in Ecuador. *nacla*



Kirgisistan

Regulierungen

Seit 2019 ist sowohl die Exploration und der Abbau von Uran- und Thoriumvorkommen als auch der Import von Rohstoffen und Abfällen, die Uran oder Thorium enthalten, in Kirgisistan verboten.¹⁶ Im Jahr 2021 unterzeichnete Präsident Sadyr Japarov einen Erlass, der die künftige Vergabe von Lizenzen für Großbergbauprojekte an ausländische Unternehmen verbietet.¹⁷ Bestehende Lizenzen sollen von diesem Verbot jedoch nicht betroffen werden.

Zeitraum

Seit Dezember 2019

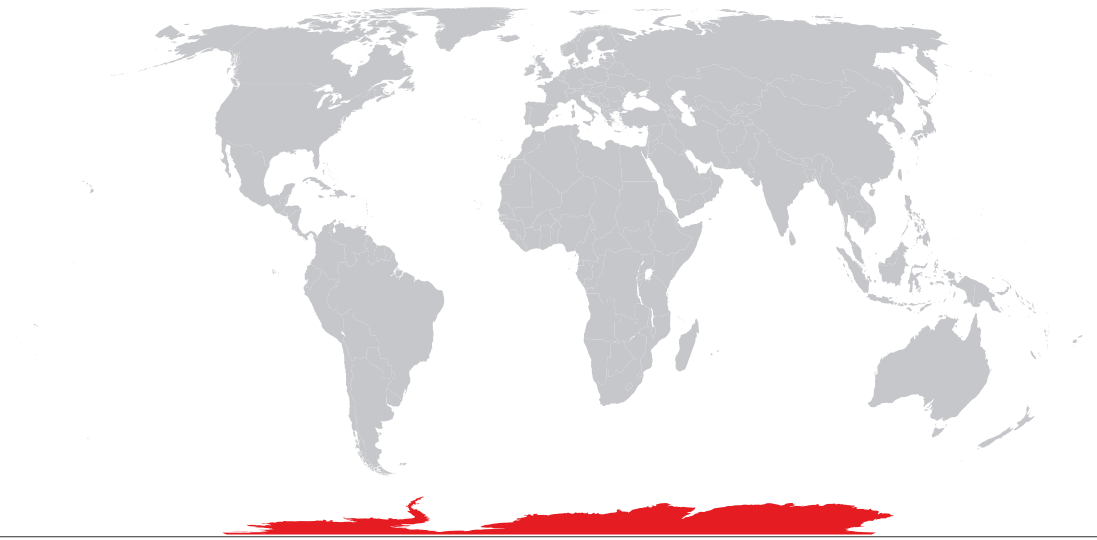
Hintergrund

Kirgisistan war in der ehemaligen Sowjetunion eine wichtige Quelle für die Gewinnung radioaktiver Bodenschätze. Bis heute lagern in dem Land mehr als 280 Millionen Tonnen hochgiftige und radioaktive Abfälle in knapp 100 Absetzanlagen. Doch befinden sich die meisten dieser Anlagen in einem höchst sanierungsbedürftigen Zustand. Die Gefahr eines Dammbruchs bei einem Erdbeben oder Erdbeben ist allgegenwärtig und könnte zu einer Katastrophe führen, wie sie bereits 1958 in der ehemaligen Uranbergbaustadt Mailuu-Suu passiert ist. Damals brach durch ein Erbeben eines der Absatzbecken, wodurch 600.000 Kubikmeter radioaktiver Schlamm freigesetzt wurden, der Häuser zerstörte, Menschenleben forderte und Land und Wasser verseuchte. Bis heute gilt der Ort als hochgradig kontaminiert. Das Abbauverbot folgte nun auf eine Reihe öffentlicher Proteste die Anfang 2019 gegen ein geplantes Abbauprojekt von Uran im Gebiet Kyzyl-Ompol in der Region Issyk-Kul stattgefunden haben. Die Menschen befürchteten, dass es zu weiteren Katastrophen und Verseuchungen kommen könnte¹⁸.

¹⁶ Vgl. Caravanserai (2019, Dez 17). Kyrgyzstan bans uranium mining as it struggles to deal with Soviet waste

¹⁷ Vgl. Reuters (2021, Jan 29). Kyrgyzstan bans foreign companies from future mining projects.

¹⁸ Vgl. Eurasianet (2019). Kyrgyzstan: Anti-uranium mining protests persist and proliferate



Antarktis

Regulierungen

Bergbau in der Antarktis ist durch Artikel 7 des Antarktis-Vertrags von 1991 verboten.

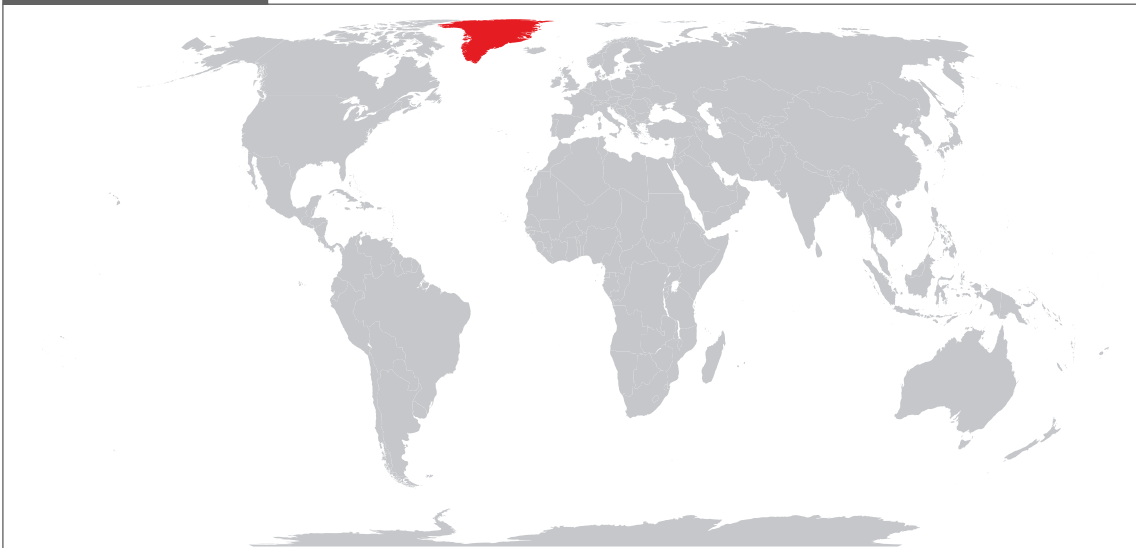
Zeitraum

Seit 1991

Hintergrund

Das im Antarktis-Vertrag festgehaltene Bergbauverbot gilt vor allem dem Schutz der arktischen Umwelt, die sich nur sehr langsam von menschlichen Eingriffen erholen kann. Der Antarktis-Vertrag ist eine internationale Übereinkunft, die die Antarktis zwischen dem 60. und 90. Grad südlicher Breite vor aversiven menschlichen Eingriffen schützen soll. So besagt Artikel 7, dass „[j]ede Tätigkeit im Zusammenhang mit mineralischen Ressourcen – mit Ausnahme wissenschaftlicher Forschung – [...] verboten [ist].“¹⁹

¹⁹ Original: "Any activity relating to mineral resources, other than scientific research, shall be prohibited" (Article 7 of the Protocol On Environmental Protection To The Antarctic Treaty)



Grönland

Regulierungen	Seit 2021 ist der Uranabbau in Grönland per Gesetz untersagt. Das betrifft auch unter anderem den Abbau von Seltenen Erden, da dieser vor Ort mit radioaktivem Material vergesellschaftet ist.
Zeitraum	Seit November 2021
Hintergrund	Ein Gesetz in Grönland gilt ein Grenzwert von 100ppm Gewicht Uran. Das heißt, sollte der Urananteil in Gesteinen unterhalb von 100ppm liegen, dürfen auch andere Rohstoffe aus dem Gestein abgebaut werden.²⁰ Mit dem neuen Uranverbot wurde konkret auch das umstrittene Bergbauvorhaben des australischen Unternehmens Greenland Minerals in Kuannersuit in Südgrönland auf Eis gelegt.²¹ In Kuannersuit liegt eines der größten Vorkommen Seltener Erden-Oxide, das allerdings mit Uran vergesellschaftet ist. Mehr als zwölf Jahre lang wurde das Gelände untersucht. Das Bergbauvorhaben schürte große Sorge in der lokalen Bevölkerung über mögliche Umwelt- und Gesundheitsrisiken. Der Großteil der lokalen Bevölkerung sprach sich daher gegen das Bergbauvorhaben aus. Vor allem die Partei Inuit Ataqatigiit (IA) warb in ihrem Wahlkampf der Parlamentswahlen 2021 für die Wiedereinführung eines Uranverbotes und damit für die Verhinderung des Bergbauvorhabens von Greenland Minerals. Sechs Monate nach ihrem Regierungsantritt löste die neu gebildete Regierung unter IA ihr Wahlversprechen ein. Kurz darauf kündigte Greenland Minerals an, dass sich das Unternehmen nach Projekten außerhalb Grönlands umsehen würde.

²⁰ Vgl. Government of Greenland (2009). Mineral Resource Act.

²¹ Vgl. Moraca, S. (2021, April 10). Der Kampf um Grönlands Bodenschätze. DW



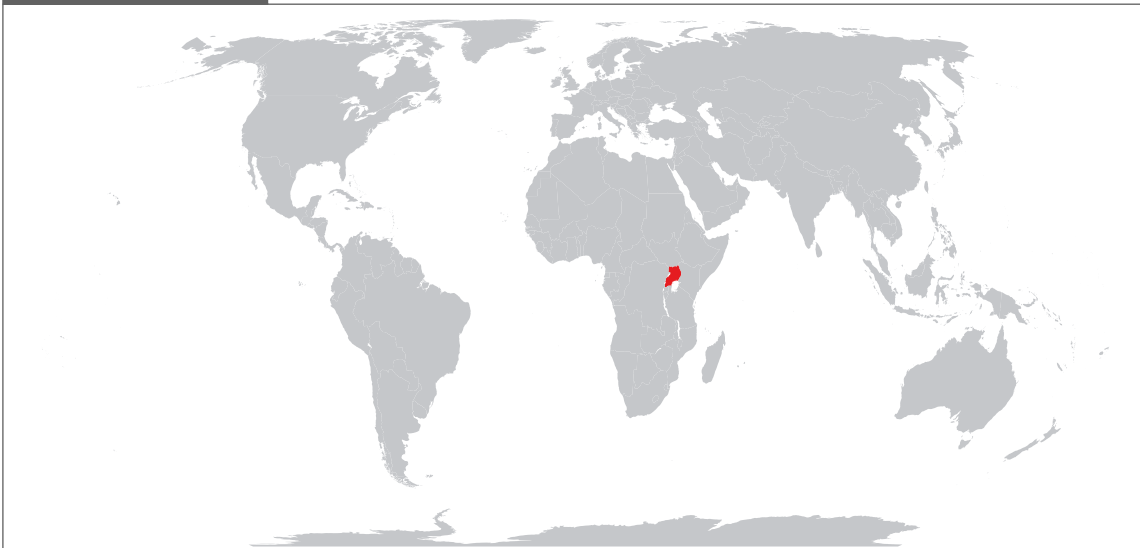
Simbabwe

12

Regulierungen	Seit 2022 sind alle Exporte von unverarbeiteten Erzen und Mineralien in Simbabwe verboten. ²² Es gibt allerdings die Möglichkeit spezielle Ausnahmen zu beantragen. Das Verbot betrifft alle abgebauten oder gewonnenen Materialien bis zu einen bestimmten Verarbeitungsgrad.
Zeitraum	Seit Dezember 2022
Hintergrund	Ziel des Exportstopps ist, die Verarbeitung innerhalb Simbawwes zu fördern und so Arbeitsplätze und Investitionen im Land zu schaffen. Seit Ende des Jahres 2022 umfasst dieses Exportverbot auch den Rohstoff Lithium. Ziel ist laut dem Vizeminister für Bergbau, Polite Kambamura, die lokale Weiterverarbeitung zu Batterien zu fördern. ²³ Die einzigen Ausnahmen gelten für Edelmetalle, Diamanten und Mineralöle und -gase, die bereits durch eigene Gesetze reguliert werden.

²² Vgl. [Zambianobserver \(2023, Jan 10\). Zimbabwe Bans Export Of Unprocessed Mineral Ores](#)

²³ Vgl. [GTAI \(2023\). Simbabwe unterbindet Lithiumexport](#)



Uganda

Regulierungen	Seit 2015 gilt in Uganda ein Exportstopp für unverarbeitete Minerale. Das Verbot gilt bis heute, obwohl es aufgrund starker Proteste von Seiten der Bergbauindustrie zwischenzeitlich ausgesetzt wurde. ²⁴
Zeitraum	Seit Februar 2015
Hintergrund	Präsident Museveni hatte im Februar 2015 ein Exportstopp für unverarbeitetes Eisenerz und andere Mineralien verhängt. Der Exportstopp erregte rege Kritik von Seiten verschiedener Bergbauunternehmen. Sie argumentieren, dass Uganda nicht die nötigen Kapazitäten besitze, um die abgebauten Rohstoffe bis zu dem geforderten Verarbeitungsgrad zu verarbeiten und dass somit durch den Exportstopp wertvolle Profite und Arbeitsplätze verloren gehen würden. ²⁵ Trotz der Kritik betonte Energieministerin Nankabirwa im Oktober 2022, dass das Verbot bestehen bleiben wird. Sie betont: „Wir wollen, dass noch mehr Raffinerien in Uganda gebaut werden, damit wir unserer Bevölkerung Arbeitsmöglichkeiten bieten und Technologietransfer fördern können.“ ²⁶

²⁴ Vgl. Deep Earth (2021, Nov 9). Minister: Uganda To Review Mineral Exports Ban.

²⁵ Vgl. The Independent (2022, März 7). Miners in crisis as ban on unprocessed minerals bites

²⁶ Original: „We want to see many more refineries being done in Uganda so that we can give job opportunities to our people, in addition to promoting technology transfer.“ (Nafula, J. (2022, Okt. 12). Ban on raw minerals export to stay – Govt. Monitor)



Einmal im Jahr treffen sich Menschenrechtsorganisationen und betroffene Gemeinschaften in Südafrika, auch um ihren Unmut über bestehende Bergbaupraktiken zu äußern.

Photo: M. Reckordt, PowerShift



Tansania

Regulierungen	Exportstopp für Mineralkonzentrate und Erze für Metalle wie Gold, Kupfer, Nickel und Silber. ²⁷
Zeitraum	Seit März 2017
Hintergrund	Neben metallischen Rohstoffen wie Eisenerz, Nickel, Kupfer, Kobalt und Silber, exportiert Tansania vor allem Gold – das Land ist der viertgrößte Goldexporteur in Afrika. Der Exportstopp von 2017 soll dazu dienen, die Schaffung von Arbeitsplätzen, Technologietransfer und die Wertschöpfung im eigenen Land zu fördern. Der Exportstopp war jedoch nur der Anfang einer weitreichenden Reform der tansanischen Bergbaugesetze- und Vorschriften, die darauf abzielen, die Kontrolle der Regierung über den Abbau und Export von metallischen Rohstoffen zu stärken.²⁸ Eine der wichtigsten Veränderungen besteht in der Ermächtigung der Regierung, Verträge, die sie als ungerecht erachtet oder „unvertretbare Bedingungen“ enthalten, neu verhandeln zu lassen.²⁹ Weitere Bestimmungen ermöglichen der Regierung eine Beteiligung von mindestens 16 Prozent, mit Option auf 50 Prozent an den im Land tätigen Bergbauunternehmen zu erwerben.³⁰ Dies hat auch zur Gründung des Joint Venture-Unternehmens Twiga Minerals zwischen der tansanischen Regierung (16 Prozent der Anteile) und Barrick Gold (84 Prozent der Anteile) geführt. Mit den neu eingeführten Gesetzen und Vorschriften demonstriert die Regierung ihre Entschlossenheit, die wirtschaftliche Souveränität des Landes zu stärken.

²⁷ Vgl. The Citizen (2021, April 09). Tribunal upholds ban on concentrate exports

²⁸ Vgl. Herbert Smith Freehills. (2017, Juli 27). Significant recent changes to tanzania's mineral law regime

²⁹ Vgl. Natural Wealth and Resources Contracts (Review and Re-negotiation of Unconscionable Terms) Act, 2017 ("Unconscionable Terms Act")

³⁰ Vgl. Natural Wealth and Resources (Permanent Sovereignty) Act, 2017 ("Permanent Sovereignty Act")



Namibia

16

Regulierungen	Namibia hat ein Exportstopp für unverarbeitete Metalle wie Lithium, Kobalt, Mangan, Graphit und Seltene Erden angekündigt, um die lokale Wertschöpfung zu steigern und die Schaffung von Arbeitsplätzen im Land zu fördern. ³¹ Derzeit ist noch unklar, wann der Exportstopp in Kraft tritt.
Zeitraum	Verkündet Juni 2023
Hintergrund	Namibia besitzt große Vorkommen an Lithium und anderen Metallen, wie beispielsweise Dysprosium und Terbium, die vor allem für den Ausbau Grüner Energietechnologien gefragt sind. Mit dem Exportverbot für Lithium und anderen Metallen will die Regierung den unkontrollierten Abbau und Export eindämmen und gleichzeitig die Wertschöpfung im eigenen Land vorantreiben. ³² Dies soll dem Land ermöglichen, von der weltweit wachsenden Nachfrage nach Metallen für Grüne Energietechnologien zu profitieren. Inwieweit die geplante Partnerschaft zu Kritischen Rohstoffen dieses Exportverbot verhindert oder Ausnahmen für die EU beinhaltet, bleibt abzuwarten. ³³

³¹ Nwafor, J. (2023, Juni 22). Namibia's Critical Minerals Export Ban Sparks Controversy. BNN

³² Nyaungwa, N. (2023, Juni 8). Namibia bans export of unprocessed critical minerals. Reuters

³³ Europäische Kommission (2022): COP27: European Union concludes a strategic partnership with Namibia on sustainable raw materials and renewable hydrogen

Ausführlichere Fallbeispiele

Costa Rica

Als erstes Land auf den amerikanischen Kontinenten erließ Costa Rica im November 2010 ein unbegrenztes Moratorium für den Tagebau von Metallerzen. Entscheidender Auslöser zur Reform des Bergbaugesetzes war ein Konflikt um die geplante Goldmine in der Kleinstadt Las Crucitas, im Norden des Landes.³⁴ Im Jahr 2008 unterzeichnete der damalige Präsident Oscar Arias ein Dekret, welches dem kanadischen Bergbauunternehmen Infinito Gold die Abholzung von über 600 Hektar Wald für die Errichtung der Mine genehmigte. Seine Begründung: Die Goldmine sei im nationalen Interesse Costa Ricas.

Das Bergbauvorhaben generierte massiven Widerstand innerhalb der lokalen Bevölkerung und verschiedenen Umweltorganisationen. Im Zentrum der Bewegung stand die Sorge um mögliche negative Auswirkungen auf die Wasserversorgung. 18 Umweltorganisationen legten Einspruch gegen das Bergbauvorhaben von Infinito ein, woraufhin dem Unternehmen kurzfristig die Konzession entzogen wurde, nur um sie dann im April 2010 erneut zu erteilen. Kurze Zeit später wurde das Projekt erneut gestoppt, als die Vereinigung zur Erhaltung der wilden Flora und Fauna Berufung einlegte. Die Vereinigung stellte die Rechtmäßigkeit der Umweltverträglichkeitsprüfung des Projekts und das vom ehemaligen Präsidenten Arias unterzeichnete Dekret, welches die Goldmine zum nationalen Interesse erklärte, in Frage. Sofort schlossen sich Umweltaktivisten*innen und Bürger*innen zusammen, um die Berufung zu unterstützen und gegen die Wiedereröffnung der Mine zu protestieren. Sie forderten die neu gewählte Präsidentin Laura Chinchilla auf, ein Veto gegen den Betrieb der Goldmine in Las Crucitas einzulegen und ein Moratorium für den Tagebau von Metallen auszurufen.

Am 22. April 2010 versammelten sich hunderte Costa Ricaner*innen auf den Stufen des Gebäudes des Obersten Gerichtshofs in der Hauptstadt San José. Im darauffolgenden Monat, am 8. Mai, trat Präsidentin Chinchilla

ihr Amt an und unterzeichnete noch am selben Tag ein Dekret für ein unbegrenztes Moratorium auf alle neuen Tagebauprojekte.³⁵ Am 9. November stimmte der Kongress für das Moratorium. Zwei Wochen später entzog das Oberste Verwaltungsgericht Infinito Gold seine Konzession.

El Salvador

Im März 2017 verabschiedete das Parlament El Salvadors einstimmig ein Gesetz, das den metallischen Bergbau im gesamten Land verbietet.³⁶ El Salvador wurde damit zum ersten Land, in dem ein nationales Bergbauverbot gilt. Neben dem Abbau von Metallen untersagt das Anti-Bergbaugesetz El Salvadors die Erkundung neuer Lagerstätten sowie die Nutzung der im Bergbau zu großen Mengen verwendeten Chemikalien Quecksilber und Zyanid. Begründet hat die Regierung das Gesetz mit dem Risiko, welches der Metallbergbau für El Salvadors Wasserversorgung darstellt. El Salvador gilt als das wasserärmste Land in Mittelamerika. Eine Studie des salvadorianischen Umweltministeriums aus dem Jahr 2020 stuft die Wasserqualität von über 71 Prozent der salvadorianischen Flussgewässer als schlecht ein.³⁷

In 2002 erhielt das kanadische Bergbauunternehmen Pacific Rim die Genehmigung zur Exploration einer großen Goldlagerstätte im Departamento Cabañas. Die Lagerstätte liegt nahe des Lempa-Flussbeckens, eine der wenigen verbliebenen sauberen Wasserquellen des Landes. Mehr als 50 Prozent der Bevölkerung sind hinsichtlich Trinkwasser, Landwirtschaft und Fischerei vom Lempa-Fluss abhängig. Mit dem Beginn der Explorationsarbeiten in Cabañas wuchs die Sorge in der Zivilgesellschaft vor den Auswirkungen des Metallbergbaus auf die Wasserversorgung. Lokale Bewohner*innen schlossen sich zusammen, um gegen die geplante Goldmine zu demonstrieren. Auf nationaler Ebene formte sich 2005 der Nationale runde Tisch gegen den Metallbergbau, ein Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Organisationen, welches 2006 einen Gesetzesvorschlag für das Verbot des Metallbergbaus

³⁴ Vgl. Navarro, K. (2010, Dez 01). Costa Ricans protest open pit gold mining, 2010. Global Nonviolent Action Database.

³⁵ Vgl. Reforma Código de Minería y sus reformas ley para declarar a Costa Rica país libre de Minería Metálica a Cielo Abierto, N°8904

³⁶ Vgl. Ley de prohibición de la minería metálica. Decreto N°639

³⁷ Vgl. MARN (2020). Informe de la calidad del agua de los ríos de El Salvador. Año 2020



im Parlament einreichte. Diesem Gesetzesentwurf fehlte aber die parlamentarische Mehrheiten und er wurde zunächst abgelehnt.³⁸

Angesichts zunehmender Gewalt gegenüber Aktivist*innen und wachsenden sozialen Spannungen, verhängte der neu gewählte Präsident Mauricio Funes kurz nach seinem Amtseintritt in 2009 ein Moratorium, das die Vergabe weiterer Konzessionen für den metallischen Bergbau bis auf weiteres pausieren ließ. Durch das Moratorium verlor Pacific Rim seine Konzession für die Goldmine in Cabañas, woraufhin der Konzern Klage gegen den salvadorianischen Staat beim internationalen Schiedsgericht der Weltbank einlegte. Pacific Rim behauptete, das Moratorium verstoße gegen die Bestimmungen des zentralamerikanischen Freihandelsabkommens mit den Vereinigten Staaten (CAFTA) und gegen El Salvadors eigenes Investitionsgesetz von 1999. Aus der Anklage entwickelte sich ein jahrelanger Rechtsstreit, der ab dem Jahr 2013 durch das kanadisch-australische Bergbauunternehmen OceanaGold fortgeführt wurde, da dieses Pacific Rim gekauft hatte.

Zeitgleich wuchs die salvadorianische Anti-Bergbau-Bewegung. Stark einschneidend für den Erfolg dieser sozialen Bewegung waren vor allem zwei Ereignisse³⁹: Erstens, der Schiedsspruch der Weltbank im Oktober 2016, der zugunsten des salvadorianischen Staates ausfiel und OceanaGold zu einer Rückzahlung der Gerichtskosten in Höhe von acht Millionen Dollar verurteilte. Der Schiedsspruch der Weltbank schaffte einen wichtigen Präzedenzfall in der Rechtsprechung zwischen Staaten und multinationalen Konzernen. Kurz nach der Urteilsbesprechung erfolgte der zweite wichtige Meilenstein für die salvadorianische Anti-Bergbaubewegung: Erzbischof Escobar Alas sprach seine Unterstützung aus. Durch diesen Beistand der einflussreichen katholischen Kirche gewann die Anti-Bergbau-Bewegung neue Aufmerksamkeit und neuen Zuspruch. Im März 2017 wurde erneut ein Gesetzesvorschlag im Parlament eingereicht. Zahlreiche Menschen begannen sich vor dem Parlament zu versammeln und unter dem Slogan „No to mining, yes to life“ (dt.: „Nein zu Bergbau, Ja zum Leben“) zu demonstrieren. Am 29. März 2017 war es so weit: Die Parlamentarier*innen

³⁸ Vgl. Wimberger, C. (2017). El Salvador vs. OceanaGold: Von der Schiedsgerichtsklage zum gesetzlichen Bergbauverbot. Latein Amerika Nachrichten. FDCL. LN-Dossier 16

³⁹ Vgl. Spalding, R. (2014). El Salvador: horizontalism and the anti-mining movement.



Der Konzern SMI rühmt sich damit, dass Sicherheit an erster Stelle käme. Für die Betroffenen und Gegner*innen seines Abbauprojekts gilt dieses Motto aber leider nicht. Photo: M. Reckordt, PowerShift

stimmten mit parteiübergreifender Mehrheit für die Verabschiedung des Anti-Bergbaugesetzes und damit auch für die Ablehnung von 16 Konzessionsanträgen transnationaler Konzerne. „Das Votum ist ein Sieg für die Gemeinden, die sich seit mehr als einem Jahrzehnt unermüdlich dafür einsetzen, Bergbauunternehmen aus ihren Territorien fernzuhalten. Das Verbot sichert die langfristige ökologische Tragfähigkeit eines Landes, das bereits heute als eines der ökologisch-gefährdetsten Länder der Welt gilt“, so Pedro Cabezas von International Allies Against Mining in El Salvador⁴⁰.

El Salvadors Bergbauverbot hat weltweite Anerkennung erfahren. Doch seit der neue Präsident Nayib Bukele an der Macht ist, hat die Regierung verschiedene Schritte unternommen, die auf eine Rückkehr des Abbaus hindeuten.⁴¹ Die Einrichtung einer Agentur zur Überwachung der Rohstoffindustrie und zur Prüfung von internationalen Abkommen, die

Investitionen in Edelmetalle erleichtern würden, sind nur einige der Anzeichen dafür. Darüber hinaus wurden Anfang des Jahres fünf Aktivist*innen verhaftet, die sich für den Schutz der Wasserressourcen und gegen den Bergbau im Land einsetzten. „Es ist klar, dass die Verhaftungen politisch motiviert sind“, so Cabezas. „Alle fünf Anführer waren Teil der Anti-Bergbau-Bewegung, die in Cabañas begann. Es wird deutlich, dass die derzeitige Regierung den Bergbau wieder aufnehmen will.“⁴²

Philippinen

In den Bergen rund um Tampakan, einer Kleinstadt in der philippinischen Provinz South Cotabato, liegt Südostasiens größte Kupferlagerstätte. 1994 beantragte das australische Bergbauunternehmen Western Mining Corporation (WMC) ein sogenanntes Financial and Technical Assistance Agreement (FTAA). Dieses FTAA ist eine Produktionsvereinba-

⁴⁰ Original: „The vote is a victory for communities who, for more than a decade, have relentlessly organised to keep mining companies out of their territories. The prohibition ensures the long-term ecological viability of a country already considered one of the most environmentally vulnerable in the world“ (Lakhani, N. (2017, März 30). *El Salvador makes history as first nation to impose blanket ban on metal mining*)

⁴¹ Vgl. MNFM (2021, Dez 16). *La amenaza de la minería metálica se vuelca nuevamente sobre El Salvador*. OCMAL

⁴² Original: „It's clear that the arrests are politically motivated“, said Pedro Cabezas, coordinator of the Central American alliance on mining. „All five leaders were part of the anti-mining movement which started in Cabañas, where it's clear the current government wants to restart mining.“ (Lakhani, N. (2023, Jan 14). *Salvadoran environmental defenders detained for decades-old crimes*. *The Guardian*.)

zung, enthalten im Bergbaugesetz von 1995. Dieses Gesetz ermöglicht es ausländischen Unternehmen Minen mit einhundert Prozent Kapitalanteil zu errichten. Mit der Verabschiedung des Bergbaugesetzes im Jahr 1995 wurde auch das FTAA zwischen WMC und der philippinischen Regierung offiziell unterzeichnet. Damit erlangte WMC die Eigentumsrechte über Land und Wasser für ein 81.000 Hektar umfassendes Gebiet. 2001 übertrug WMC das FTAA auf das Bergbauunternehmen Sagittarius Mines Inc (SMI), an dem zwischenzeitlich die Schweizer Konzerne Xstrata und später Glencore beteiligt waren. Doch bis heute hat die Förderung noch nicht begonnen, was maßgeblich dem langjährigen Widerstand der Indigenen Gemeinschaften und der Advocacy-Arbeit der Kirche und der Zivilgesellschaft zuzuschreiben ist.⁴³

So organisierten sich Angehörige Indigener Gemeinschaften zu der La Bugal-B'laan Tribal Association zusammen, um 1997 eine Verfassungsbeschwerde beim Obersten Gerichtshof der Philippinen einzulegen.⁴⁴ Sie argumentierten, dass das FTAA und somit das Bergbaugesetz gegen eine Verfassungsbestimmung verstoßen würde, die besagt, dass der Anteil von ausländischen Unternehmen an Investitionen im Land nicht mehr als 40 Prozent betragen darf. Sieben Jahre später, am 27. Januar 2004, erklärte der Oberste Gerichtshof sowohl das Bergbaugesetz als auch das FTAA mit WMC für verfassungswidrig. Im Dezember 2004 revidierte der Oberste Gerichtshof seine Entscheidung jedoch und bestätigte die Verfassungsmäßigkeit des Bergbaugesetzes von 1995. Nach dem Scheitern der Klage schlossen sich Teile der lokalen Bevölkerung, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen und die katholische Kirche zusammen, um neue Wege zu finden, das geplante Kupfer-Projekt zu verhindern. Nach fünf Jahren hitziger Diskussionen, starker Proteste und gewaltsamer Unterdrückung erließ die Provinzregierung in Süd Cotabato in 2010 ein Umweltgesetz, den Provincial Environmental Code, das den offenen Großtagebau in der Provinz verbietet. Die gesetzliche Grundlage für das Verbot dieser bestimmten Abbaumethode ist das Recht auf kommunale Selbstverwaltung, das im Local

Governance Code (LGC) von 1994 festgelegt wurde. Vertreter*innen von SMI betonten, dass sich damit die Provinzregierung gegen landesweite Gesetze stellt, de facto stehen aber zwei nationale Gesetze miteinander im Konflikt und die Rechtslage ist ungeklärt. Auf der einen Seite dürfen Provinzregierungen nicht den Bergbau generell verbieten, auf der anderen Seite dürfen sie Einschränkungen bei der Abbaumethode vornehmen. Da der LGC und das Bergbaugesetz von 1995 gleichrangig sind, hat bisher keiner der beteiligten Konzerne juristisch die Entscheidung der Provinzregierung angefochten.⁴⁵

Das Tagebauverbot der Provinzregierung in Süd Cotabato entfachte eine Welle weiterer lokalpolitischer Einschränkungen und Verbote. So haben nach dem Tagebauverbot in Süd Cotabato auch Behörden in Davao Oriental, Iloilo und Oriental und Occidental Mindoro Einschränkungen und Verbote gegen diese Abbaumethode eingeführt.

Gleichzeitig können diese politischen Entscheidungen auf lokaler Ebene immer wieder aufgehoben werden, wie auch das Tagebauverbot in South Cotabato im Mai 2022 kurzzeitig vom Lokalparlament aufgehoben wurde.⁴⁶ Doch die Entscheidung zu Gunsten von SMI währte nicht lange, denn schon im Juni 2022 legte der Gouverneur von South Cotabato ein Veto gegen die Aufhebung des Verbots ein. Der lokale Anti-Bergbau-Aktivist Rene Pamplona, Mitglied des Netzwerks Alyansa Tigil Mina und im Jahr 2018 von der Alexander Soros Foundation für seine Arbeit für den Umwelt- und Menschenrechtsschutz ausgezeichnet, sagt: „Dies ist eine positive Entwicklung, vor allem für die lokalen Einwohner*innen, die sich dafür eingesetzt haben, dass das Bergbauunternehmen nicht in unserem Gebiet operiert.“⁴⁷

⁴³ Vgl. Holden, W. N. (2013). The Least of My Brethren: Mining, Indigenous Peoples, and the Roman Catholic Church in the Philippines. *Worldviews: Global Religions, Culture, and Ecology*, 17(3), 205-238.

⁴⁴ Vgl. Press Release: Blaen leaders to NCIP: »No to Tampakan Mining – We want non-FPIC coverage!«, online unter: www.minesandcommunities.org

⁴⁵ Für zusätzliche Infos s. Breining, L., Reckordt, M. (2011): Rohstoffrausch – Die Auswirkungen von Bergbau in den Philippinen. philippinenbüro e.V. im Asienhaus

⁴⁶ Vgl. Rebollido, R. (2022, Mai 17). 'Even God won't approve': Groups slam lifting of South Cotabato open-pit mining ban. *Rappler*

⁴⁷ Original: "This is a positive development, especially for the local residents who have been fighting to stop the mining firm from operating in our area" (Sarmiento, B. S. (2022, Sep 21). Activists welcome decision to revoke permit for controversial Philippine gold mine. *Mongabay*)

Schlussfolgerungen

Weltweit lässt sich ein Trend zu strikteren Regulierungen für den Bergbau feststellen. Dazu zählen zum einen Exportstopps für unverarbeitete Rohstoffe, wie sie Indonesien oder Simbabwe eingeführt haben, oder die Verstaatlichung von Rohstoffvorkommen, wie es Mexiko mit seinem Lithiumvorkommen getan hat. Ziel der Exportverbote ist die Förderung des Aufbaus einer inländischen Wertschöpfungskette. Dies soll sowohl höhere Steuer- und Exporteinnahmen als auch zusätzliche Arbeitsplätze in der weiterverarbeitenden Industrie schaffen. Ziel der Verstaatlichung von Rohstoffvorkommen ist somit auch eine stärkere Kontrolle und höhere Unabhängigkeit zu erlangen. Dieser Trend zu Exportstopps und Verstaatlichung zeigt, dass Regierungen in Abbauländern zunehmend den Fokus daraufsetzen, die eigenen Wertschöpfungsketten zu verlängern und somit die wirtschaftliche Souveränität ihrer Länder zu stärken. Hier steht auch die deutsche und europäische Rohstoffpolitik in der Verantwortung, die rechtlichen und gesetzlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, um Abbauländer im Globalen Süden bei der Stärkung ihrer Wertschöpfungsketten zu unterstützen.

Andere Regierungen ergreifen weitreichende Maßnahmen bis hin zu Verboten. Dazu gehören Verbote für den Abbau ausgewählter Rohstoffe (z.B. radioaktiver Metalle in Grönland), bestimmten Abbaumethoden im Bergbau (z.B. Tagebauverbot in Costa Rica oder den Philippinen) oder gar ein nationales Verbot für den gesamten Abbau (z.B. nationales Verbot für Metallbergbau in El Salvador). Während Exportstopps und Verstaatlichung primär darauf ausgerichtet sind, den eigenen wirtschaftlichen Nutzen aus der Gewinnung von metallischen Rohstoffen zu erhöhen, zielen Verbote darauf ab, die negativen ökologischen und sozialen Auswirkungen des Bergbaus zu verhindern.

Maßgeblich für die Einführung von Verboten in den jeweiligen Ländern war der zivilgesellschaftliche Protest, welcher sich meist ursprünglich in Folge einzelner Bergbauvorhaben gebildet hatte. Sowohl in El Salvador als auch in Costa Rica, Cuenca (Ecuador) oder Tampakan (Philippinen) war vor allem die Sorge um mögliche Auswirkungen auf die Wasserversorgung und -qualität ein zentraler Anstoß für die Gründung der Anti-Bergbau-Bewegung. Angesichts zunehmender Trockenheit und Wasserknappheit in Folge der Klimakrise ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren die öffentliche Akzeptanz für Bergbau in vielen Ländern sinken und infolgedessen der Widerstand gegen Bergbau wachsen wird.

Bei genauerer Betrachtung dieser (zum Teil) Anti-Bergbau-Bewegungen wird deutlich, dass besonders die Zusammenarbeit verschiedener zivilgesellschaftlicher Akteur*innen darunter Bewohner*innen der betroffenen Gemeinden, Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen und die Unterstützung einflussreicher Institutionen wie der katholischen Kirche grundlegend für deren Erfolg waren.

Insgesamt reflektiert der Trend zu strikteren Regulierungen der Bergbauindustrie die wachsende Skepsis gegenüber der vorherrschenden Logik, dass Bergbau maßgeblich für wirtschaftliches Wachstum und Entwicklung sei. Stattdessen stellen lokale und nationale Regierungen vermehrt fest, dass der eigene wirtschaftliche Nutzen häufig gering ist, während die entstehenden sozialen und ökologischen Kosten enorm sind.

Impressum

Herausgeber:

PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.

Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin

Tel.: +49 30 42805479

Web: <https://power-shift.de>

E-Mail: info@power-shift.de

Autorin: Julia Albrecht

Redaktion/Bildredaktion:

Hannah Pilgrim,

Michael Reckordt,

Hendrik Schnittker

Layout, Satz & Reinzeichnung:

Christopher Freeman | Conduct Design

Berlin, September 2023

Gefördert durch ENGAGEMENT GLOBAL
mit Mitteln des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein „PowerShift - Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.“ verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

Über Uns

PowerShift – Verein für eine ökologisch-solidarische Energie- & Weltwirtschaft e.V.

Unser Ziel ist eine ökologisch und sozial gerechtere Weltwirtschaft. Dafür setzen wir unsere Expertise in Handels-, Rohstoff- und Klimapolitik ein: Mit umfassenden Recherchen durchleuchten wir politische Prozesse, benennen die Probleme eines ungerechten globalen Wirtschaftssystems und entwickeln Handlungsalternativen. Um unsere Ziele zu erreichen, formulieren wir politische Forderungen, betreiben Informations- und Bildungsarbeit und schmieden starke Bündnisse – mit anderen Organisationen, sozialen Bewegungen und Bürger*innen. Gemeinsam mischen wir uns ein!

Wenn Sie über unsere Arbeit auf dem Laufenden bleiben wollen, dann abonnieren Sie unseren Newsletter:

<https://power-shift.de/newsletter-bestellen/>